

# Landkreis Friesland

## Niederschrift

**über die 15. öffentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland am  
Mittwoch, 16. Dezember 2009, im Upstalsboom Hotel „Waldschlösschen“,  
Varel-Obenstrohe, Mühlenteichstraße 78**

---

**Beginn:** 15:00 Uhr

**Ende:** 17:50 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Mitglieder**

Ambrosy, Sven  
Bastrop, Heide  
Brunken, Rainer  
Burgenger, Uwe  
Busch, Thomas  
Böcker, Rudolf  
Chmielewski, Iko  
Dierenga, Karin  
Eggerichs, Peter  
Funke, Karl-Heinz  
Gabbey, Dietrich  
Gburreck, Fred  
Gramberger, Joachim  
Grützner, Gisela  
Harms, Siegfried  
Heidenreich, Walter  
Herfel, Bärbel  
Heußen, Günther  
Hoppenheit, Christa  
Husemann, Horst-Dieter  
Janßen, Dieter  
Janßen, Wolfgang  
Just, Janto  
Kaempfe, Hartmut  
Kaiser-Fuchs, Marianne  
Kammer, Hans-Werner  
Kindo, Anja  
Koch, Klaus-Peter  
Lahl, Herbert  
Müller, Alfred  
Nieraad, Peter  
Onken, Elisabeth  
Onnen-Lübben, Reinhard  
Osterloh, Uwe

Pauluschke, Bernd  
Polenz, Dirk von  
Ralle, Elfriede  
Ramke, Michael  
Recksiedler, Raimund  
Rost, Wilfried  
Schlieper, Ulrike  
Thiesing, Ralf  
Tischer, Peter  
Wimmer, Franz  
Zielke, Gustav

Angehörige der Verwaltung

Gerdes, Gerda  
Wehnemann, Peter  
Klug, Sönke

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Kreistagsvorsitzender Funke eröffnete die Sitzung und hieß alle Anwesenden willkommen. Namens des Kreistages übermittelte er Herrn Kreistagsabgeordneten Habeck, der leider nach wie vor krankheitsbedingt nicht teilnehmen könne, die besten Genesungswünsche. Entschuldigt für die heutige Sitzung habe sich ferner 2. stellv. Landrat Lies. Kreistagsabgeordneter Busch werde mit etwas Verspätung zur Sitzung kommen.

**TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Funke stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Einwendungen gegen die übersandte und um Punkt 3.1 (Entsendung von stellv. Mitgliedern in die Gesellschafterversammlung der Northwest-Krankenhaus Sanderbusch gGmbH) ergänzte Tagesordnung wurden nicht erhoben.

**TOP 3.1 Beteiligung an örtlichen/überörtlichen Gremien außerhalb des Kreistages; hier: Entsendung von stellv. Mitgliedern in die Gesellschafterversammlung der Northwest-Krankenhaus Sanderbusch gGmbH  
Vorlage: 621/2009**

Der Gesellschafterversammlung der Northwest-Krankenhaus Sanderbusch gGmbH gehören derzeit als reguläre Mitglieder

KTA Bernd Pauluschke  
KTA Alfred Müller  
KTA Wilfried Habeck  
KTA Peter Tischer  
KTA Uwe Burgenger

Landrat Sven Ambrosy (Vertreter: EKR Peter Wehnemann o.V.i.A.)

sowie

Herr Erhard Klafft (Vertreter Betriebsrat NWK)

an. In seiner Sitzung am 9. Dezember 2009 hat das Gremium beschlossen, den Landkreis bzw. den Kreistag Friesland um Entsendung jeweils auch eines stellvertretenden Mitglieds in die Gesellschafterversammlung zu bitten.

SPD/FDP-Gruppe, CDU-Fraktion und die Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN / MMW / Linksbündnis wurden gebeten, in der Kreistagssitzung am 16. Dezember 2009 entsprechende Stellvertreter/innen zu benennen. Da es sich um eine Angelegenheit des Selbstorganisationsrecht der Kreistages handelt, war eine Vorbereitung durch den Kreisausschuss entbehrlich.

Das Schreiben des Nordwest-Krankenhauses Sanderbusch in dieser Angelegenheit ist **beigefügt**.

Nach Aufruf durch Herrn Kreistagsvorsitzenden Funke benannten die Fraktionen/Gruppen sodann folgende stellvertretenden Mitglieder:

SPD/FDP:           KTA Michael Ramke für Herrn KTA Bernd Pauluschke  
                          KTA Marianne Kaiser-Fuchs für Herrn KTA Alfred Müller  
                          KTA Gisela Grützner für Herrn KTA Wilfried Habeck

CDU:                KTA Wilfried Rost für Herrn KTA Peter Tischer

B 90/DG / MMW /  
Linksbündnis:     KTA Gustav Zielke für Herrn KTA Uwe Burgenger

Anm.:

Die UWG/SWG-Gruppe ist in der Gesellschafterversammlung nicht vertreten; die Entsendung eines stellv. Mitglieds entfällt somit.

**Beschluss:**

Der Kreistag fasste folgenden Festsetzungsbeschluss zu Mitgliedern und Vertretern in der Gesellschafterversammlung der Nordwest-Krankenhaus Sanderbusch gGmbH:

#### Mitglied

KTA Bernd Pauluschke  
KTA Alfred Müller  
KTA Wilfried Habeck

KTA Peter Tischer

KTA Uwe Burgenger

#### Vertreter/in:

KTA Michael Ramke  
KTA Marianne Kaiser-Fuchs  
KTA Gisela Grützner

KTA Wilfried Rost

KTA Gustav Zielke

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **TOP 4      Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 28. Oktober 2009**

Die Niederschrift wurde genehmigt.

Sodann hieß Bürgermeister Wagner den Kreistag namens der Stadt Varel herzlich willkommen. Das Hotel „Waldschlösschen“ habe eine mehrmonatige Renovierungszeit hinter sich; mit der Upstalsboom-Gruppe habe man einen kompetenten Betreiber gewonnen. Für Varel sei mit dem neu eröffneten Hotel ein weiteres attraktives Touristik- und Freizeitangebot geschaffen worden.

In 2009 habe sich Vieles in der Stadt getan: Herr Wagner erinnerte an den Startschuss für den Aeropark und das Ausbildungszentrum sowie an das geplante Technologiezentrum.

Die Weiterentwicklung der Innenstadt sowie Fortschritte im Bereich der Vareler Krippen und Kindergärten seien 2009 zu verzeichnen gewesen. Vor den Toren der Stadt sei ein Fachmarktzentrum geschaffen worden; am 20.12. werde in Varel eine McDonalds-Filiale eröffnet. Auch mit Hilfe des Landkreises Friesland werde man die positive Entwicklung der Stadt weiter voran treiben.

Bürgermeister Wagner wünschte ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2010.

### **TOP 5      Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung**

#### **TOP 5.1    - aus dem Kreisausschuss vom 11. November 2009**

##### **TOP 5.1.1 Aussetzung der Richtlinien über Hilfen zur Erziehung in Form von Vollzeitpflege in Bezug auf "Sonderpflege" (JuhiA 29.10.)** **Vorlage: 582/2009**

Der Kreistag beschloss gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 11. November 2009 (sh. Ziff. 3.1.1) wie folgt:

**Beschluss:**

Die Richtlinien bei Hilfen zur Erziehung in Form von Vollzeitpflege vom 16.08.1999, in Kraft ab dem 01.06.1999, werden ab dem 01.01.2010 in Bezug auf Ziffer II Punkt C) „Sonderpflege“ ausgesetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 5.1.2 Satzung zur 4. Änderung der Satzung über Aufwandsentschädigungen und Fahrkostenvergütungen für Ehrenbeamte und sonst ehrenamtlich Tätige vom 6. November 1992  
Vorlage: 573/2009**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.2 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 11. November 2009 zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

**Beschluss:**

Der der Kreisausschuss-Niederschrift beigefügten Satzung zur 4. Änderung der Satzung des Landkreises Friesland über Aufwandsentschädigungen und Fahrkostenvergütungen für Ehrenbeamte und sonst ehrenamtlich Tätige vom 6. November 1992 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 5.2 - aus dem Kreisausschuss vom 25. November 2009**

**TOP 5.2.1 Wahrnehmung von Nebenämtern und Nebentätigkeiten durch den Landrat  
Vorlage: 591/2009**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 25. November 2009 zur Kenntnis und fasste folgende ...

**Beschlüsse:**

1.

Die Ausführungen der Verwaltung zur Abgrenzung der von Landrat Ambrosy wahrgenommenen Funktionen nach Hauptamt, öffentlichem Ehrenamt und Nebentätigkeit werden zur Kenntnis genommen und bestätigt.

2.

Die Ausübung der Nebentätigkeiten durch den Landrat steht in dienstlichem Interesse. Die Inanspruchnahme von Einrichtung, Personal und Material des Landkreises wird genehmigt. Auf die Erhebung eines Nutzungsentgeltes wird verzichtet.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **TOP 5.3 - aus dem Kreisausschuss vom 9. Dezember 2009**

### **TOP 5.3.1 Resolution zum Thema "Bildungschancen verbessern - Stellen für Schulpädagogen schaffen"; hier: Antrag der Partei "Die Linke" - Kreisverband Friesland - vom 02.11.2009 (SchulA 01.12.) Vorlage: 600/2009**

Der Kreistag nahm den Antrag der Partei „Die Linke“ - Kreisverband Friesland – auf Beschluss einer Resolution „Bildungschancen verbessern -Stellen für Schulpädagogen schaffen“ zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordnete Kindo bat darum, es nicht bei einer Kenntnisnahme des Antrages zu belassen. Es sollte darüber entschieden werden, ob die vorgeschlagene Resolutionsfassung an das Land gerichtet werde; eine Veränderung der Situation sei sonst nicht möglich. Der Landkreis Friesland sei bezüglich der eingesetzten Schulsozialarbeiter bereits für das Land in Vorkasse getreten. Insofern gelte es mit einer Entscheidung zugunsten einer Resolution ein Zeichen zu setzen.

Kreistagsabgeordneter Chmielewski unterstützte den Vorstoß von Frau Kindo. Im Verlaufe der Haushaltsberatungen habe man beschlossen, hinsichtlich der Schulsozialarbeiter in Vorleistung zu treten. Dabei gelte es das Land darauf aufmerksam zu machen, dass der Landkreis diesen Bereich nach wie vor als Aufgabe des Landes ansehe und gemäß Resolution entsprechende Forderungen stelle.

Kreistagsabgeordnete Schlieper sprach sich namens der SPD/FDP-Gruppe dafür aus, zu einem späteren Zeitpunkt eine gemeinsame Resolution zu verfassen. Inhaltlich liege man überhaupt nicht auseinander; man könne aber derzeit leider nicht allen Formulierungen der vorliegenden Entwurfsfassung zustimmen. Die Landesregierung diskutiere zurzeit über die Fortsetzung des sog. Hauptschulprofilierungsprogramms und werde voraussichtlich im Januar 2010 darüber entscheiden. Anschließend sollte gemeinsam eine auf die jeweilige Beschlussfassung abgestimmte Resolution auf den Weg gebracht werden.

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Funke erklärten sich alle übrigen Kreistagsmitglieder mit dieser Vorgehensweise einverstanden. Im Interesse einer zügigen Verabschiedung der jeweiligen Resolution könne sie ggf. durch den Kreisausschuss auf den Weg gebracht werden.

#### **Beschluss:**

Nach Beschlussfassung des Landes Niedersachsen wird die Angelegenheit im Kreisausschuss erneut zur Beratung gestellt und von dort ggf. eine entsprechende Resolution auf den Weg gebracht.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 5.3.2 Änderung der Abfallgebührensatzung;  
2. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung vom  
30.10.2006,  
Gebührenkalkulation 2010 bis 2012 (UA/WTKF 02.12.)  
Vorlage: 593/2009**

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.2 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 9. Dezember 2009 wird verwiesen; der Kreistag nahm Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter **Kammer** führte aus, er gehe nicht davon aus, dass heute mehrheitlich einer Gebührenerhöhung zugestimmt werde, da die FDP als Teil der Mehrheitsgruppe offensichtlich Zweifel an der Technik der geplanten Trockenvergärungsanlage in Wiefels und damit auch an der Höhe der Gebühren hege. Den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber sei man verantwortlich dafür, nur Kosten für Maßnahmen anzusetzen, die man als sachlich richtig und machbar bewerte.

Insofern sollte die Sitzung des Abfallzweckverbandes am Freitag, 18.12., abgewartet werden, in der die von der FDP geäußerten Zweifel erörtert würden. Danach sollte geprüft werden, ob eine Gebührenerhöhung um 14,7 % den Bürgerinnen und Bürgern zugemutet werden könne. Die CDU-Fraktion werde, so lange keine neuen Erkenntnisse vorlägen, einer Gebührenerhöhung nicht zustimmen.

Kreistagsabgeordneter **Just** erklärte, die BfB-Fraktion lehne eine Gebührenerhöhung ab. Es handele sich um die zweite Anhebung innerhalb von zwei Jahren – 12 % in 2009, 2008 etwa 16 % - dies sei nicht zumutbar. Beide Erhöhungen basierten zu einem Gutteil auf Fehlern der Vergangenheit, für die man keine Verantwortung übernehme.

Kreistagsabgeordnete **Schlieper** erklärte, in der SPD/FDP werde die Thematik seit mehreren Monaten intensiv erörtert. Es gebe innerhalb der Gruppe einen Dissens, da die FDP weiterhin Risiken im Bereich der Trockenvergärung sehe. Man sei laufend dabei, alle Fakten transparent darzustellen. Der Zweckverband leiste hierbei durch entsprechende Informationen wertvolle Unterstützung.

Wenn nicht die Mitglieder des Zweckverbandes die Nassvergärungsanlage so erfolgreich zur jetzigen Funktionalität geführt hätten, wäre die Situation heute durchaus problematischer.

Aber auch das Wegbrechen der Abfallmengen, das Ansteigen der Energiekosten etc. seien Ursache der anstehenden Gebührenanhebung. Auch hierzu habe der Zweckverband auf entsprechende Bitte intensiv geprüft, ob eine Kostenminimierung machbar sei. In Kenntnis aller Tatsachen könne heute festgestellt werden, dass die Kostensituation und Gebührenbelastung leider nicht weiter positiv zu beeinflussen sei. Auch die FDP erkenne dies an.

In der Zweckverbandsversammlung am 18. Dezember 2009 werde man die Weichenstellungen vornehmen, damit der Zweckverband die Arbeiten zur Errichtung einer Trockenvergärungsanlage weiter betreiben und die entsprechende Ausschreibung durchführen könne. Man werde im Rahmen der Erörterung auch darstellen, dass die FDP gleichwohl noch Risiken bei der Trockenvergärung sehe. Dennoch erkenne sie aber die für die Gebührenanhebung Ausschlag gebenden Tatsachen an.

Kreistagsabgeordneter **Wimmer** verwies auf die bereits seit längerem bestehende kritische Begleitung der Entwicklung am Deponiestandort Wiefels durch die FDP. Die Fraktion werde der Gebührenanhebung zustimmen, weil der Zweckverband bereits heute einen Schuldenstand von 50 Mio. Euro (30 Mio. Euro entfallend auf den Landkreis Friesland, 20 Mio. Euro zu Lasten des Landkreises Wittmund) zu verzeichnen habe. Aus Schulden erwachsen naturgemäß Gebühren, um Zinsen und Tilgung zu ermöglichen. Wenn man auch schweren Herzens einer Gebührenanhebung zustimme, erkenne man jedoch, dass sich ohne diesen Schritt die Situation auf längere Sicht noch weiter verschlechtern würde.

Für das Jahr 2009 werde – trotz Gebührenanhebung in 2008 – bereits wieder ein Minus von annähernd 400.000 Euro prognostiziert. In den kommenden Jahren stünden weitere, noch höhere Defizite an. Angesichts der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung reiche wahrscheinlich diese Gebührenerhöhung noch nicht einmal aus. Die FDP-Fraktion werde vor diesem Hintergrund der Gebührensatzung zustimmen.

Es gelte aber in diesem Zusammenhang, so Herr Wimmer, die Deponie Wiefels insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Eine nächste Investition müsse nach allen Seiten geprüft werden. Eine Investition von über 10 Mio. Euro sei gleichbedeutend mit einem schlagartigen Anstieg der Verschuldung von 50 auf 60 Millionen Euro. 20 Jahre lang seien ca. 800.000 Euro jährlich an Zinsen und Tilgung zu tragen.

Wirtschaftlichkeit und Wirkungsgrad der Anlage lägen bei nur 15 Prozent – der Rest von 85 % des angelieferten Materials werde zur Deponie verbracht. Hier setze die Kritik der FDP-Fraktion an sowie ihre Bitte, den nächsten Schritt der Trockenvergärungsanlage nach allen Seiten zu überdenken, bevor man ein großes Risiko eingehe.

Kreistagsabgeordneter **Gabbey** bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Just: Seit 1977 sei die Abfallwirtschaft für Friesland von unterschiedlichen Kreistagen und Zweckverbandsversammlungen auf den Weg gebracht worden. Dabei könne davon ausgegangen werden, dass jede der getroffenen Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen getroffen worden sei.

Seit dem 1. Mai 2005 verpflichte der Gesetzgeber dazu, eine bestimmte Qualität von Abfall zu deponieren. Der Zweckverband habe daher – und zwar ergebnisoffen – ein Verfahren ausgeschrieben. Von den Fachfirmen habe man sich entsprechende Vorschläge unterbreiten lassen, auf welche Weise man den Abfall so behandeln könne, dass er den gesetzlichen Anforderungen entspreche.

In Abwägung aller Kenntnisse, die damals vorlagen, habe sich die Verbandsversammlung seinerzeit einstimmig entschieden, das Verfahren der Nassvergärung zu wählen. Man habe eine Firma damit beauftragt, die zu diesem Zeitpunkt unbestritten eines der großen und kompetenten Unternehmen war. Man habe einen Vertrag abgeschlossen, in dem der Zweckverband sich hinsichtlich der zu erbringenden Leistung rechtlich nach allen Seiten hin abgesichert habe. Dies habe man durch eine zusätzliche Bürgschaft von über 1 Mio. Euro abgesichert. Der Betrag sei im nachhinein auch zugunsten des Zweckverbandes ausgezahlt worden.

Für die Zweckverbandsversammlung sei der Konkurs der Firma zum Zeitpunkt der Entscheidung nicht zu ahnen gewesen. In der heutigen Diskussion gehe unter, dass die in Auftrag gegebene Anlage zu diesem Zeitpunkt bereits zu zwei Dritteln erstellt gewesen sei. Nach der Insolvenz habe die Frage im Raum gestanden, wie man mit den bereits erstellten Anlagenteilen (u. a. Fermenter, Blockheizkraftwerke,



Gasspeicher) verfahren wolle. Ein Abriss wäre unsinnig gewesen, zumal für die Leistungen gemäß vertraglicher Verpflichtungen bereits ca. 20 Mio. Euro gezahlt worden seien. Im Interesse der Bürger sei daher überlegt worden, eine bestmögliche Verwendung der erstellten Anlagen zu gewährleisten.

Die Insolvenz sei sehr schwierig gewesen, aber es sei gelungen, die Anlage soweit in Betrieb zu bringen, dass sie heute bis zu 1.200 Tonnen wöchentlich an Hausmüll bewältige. Es verbleibe Material, das man nicht in der Anlage verarbeiten könne. Man habe daher sorgfältigst über 1 ½ Jahre geprüft, wie man – auch unter Berücksichtigung der langfristigen Kosten für die Bürger – mit diesem Material umgehe.

In die Überlegungen seien auch ökologische Gesichtspunkte – Blockheizkraftwerke und Gasspeicher waren vorhanden – mit eingebunden, um möglichst großen Nutzen aus dem Material zu ziehen. Im Ergebnis einer überaus sorgfältigen Prüfung und nach Kostenvergleich habe sich der Abfallzweckverband letztlich für das Verfahren der Trockenvergärung als zusätzliche Anlage entschieden.

Die Geschäftsleitung sei beauftragt, mit der Gewerbeaufsicht die Genehmigungsfähigkeit zu prüfen. Da es sich um enorme zu behandelnde Müllmengen handle und jeder Stillstand mit weiteren Kosten verbunden sei, habe sich der Zweckverband dafür entschieden, das weitere Verfahren so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen. Am Freitag werde man den Gremien empfehlen, den Vollzug des nächsten Schrittes vorzunehmen und die Ausschreibung der Trockenvergärungsanlage zu beschließen. Weiteres Warten koste deutlich mehr Geld.

Eine Finanzierung der Anlagen über Zuwendungen aus Steuermitteln wäre im Übrigen nicht in Betracht gekommen. Bereits vor Jahren sei entschieden worden, die finanziellen Dinge über den Gebührenhaushalt zu regeln; die Kalkulationen seien entsprechend angepasst worden. Auch die nächsten Investitionen flössen naturgemäß in die Gebührenrechnung ein. Die Beschlusslage sei in Kenntnis der Sachlage alternativlos.

Kreistagsabgeordneter **Chmielewski** bestätigte, zur Entscheidung zugunsten der Trockenvergärung gebe es keine Alternative. Auf den Konkurs der seinerzeit beauftragten Firma zu verweisen, sei müßig; die entstehende Kostenbelastung müsse über den Gebührenhaushalt abgewickelt werden. Man habe großes Vertrauen in die Arbeit des Zweckverbandes und seiner Mitglieder. Eine Trockenvergärungsanlage könne den Standort Friesland stützen.

Die öffentliche Diskussion müsse in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Heute müsse zwingend eine Entscheidung über die Gebührensatzung erfolgen. Ob evtl. in Zukunft weitere Anhebungen erforderlich seien, ergebe sich aus dem Marktgeschehen. Die derzeitige Kalkulation sei sehr vorsichtig angegangen worden. Möglicherweise entspanne sich die finanzielle Situation, wenn zukünftig umliegende Regionen ihre Abfälle aufgrund der neuen Technik in Friesland entsorgten.

Kreistagsabgeordneter **Burgenger** unterstrich und erläuterte namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls die Unausweichlichkeit einer Gebührenerhöhung. Ein Verzicht auf höhere Gebühreneinnahmen führe dazu, im nächsten Jahr eine noch höhere Anhebung vollziehen zu müssen. Einsparungsmöglichkeiten seien nicht in Sicht, im Gegenteil stehe zu befürchten, dass weitere Kosten entstünden.

Kreistagsabgeordneter **Husemann** erklärte, heute stelle sich die grundsätzliche Frage, ob man den Bürgern die zur Beschlussfassung anstehende Gebührenanhebung zumuten könne. Die FDP habe sich im Verlaufe der Woche dahin gehend geäußert,

- dass die Kostenexplosion durch nichts zu begründen sei,
- dass sie bezweifle, dass die neue Anlage aus technischer Sicht tatsächlich in die Zukunft führe und
- dass es preiswertere Alternativen gebe.

Wenn dem so sei, so dürfe man die Gebühren heute nicht erhöhen. Es sei möglich, dass die FDP über spezielle Erkenntnisse verfüge; eine Gebührensatzung könne somit erst dann beschlossen werden, wenn auf Grundlage dieser Erkenntnisse die Kalkulation erfolgt sei. In der Gesellschafterversammlung am Freitag sollte dargelegt werden, welche neuen Bedenken der FDP vorlägen.

Kreistagsabgeordneter **Wolfgang Janßen** führte aus, in der freien Wirtschaft sei es gängig, Personal auszutauschen. Zur Geschäftsführung des Zweckverbandes bestehe volles Vertrauen. Ein Neuanfang am Deponiestandort Wiefels müsse dann evtl. zu gegebener Zeit ebenfalls mit neuen Personalien einher gehen, um die alten Pfade zu verlassen. Eine grundsätzliche Umorientierung müsse geprüft werden, um nicht in den kommenden Jahren immer wieder Gelder zuschießen und die Schulden weiter steigen lassen zu müssen.

Kreistagsabgeordneter **Osterloh** erklärte, die heutige Zustimmung zur geänderten Gebührensatzung sei für den Bürger nach der Sachlage die günstigste Lösung.

Landrat **Ambrosy** bat darum, die Beschlussfassung zur Gebührensatzung nicht aufzuschieben; die Kosten liefen beim Zweckverband auf. Der Verband eröffne dem Landkreis gegenüber seine Rechnung, die von hier zu bezahlen sei. Die Verwaltung bedaure die vorgeschlagene Gebührenerhöhung um 11,7 %; dieser Prozentsatz sei jedoch die Minimallösung.

Ohne Abwicklung über Gebührensatzung und Gebührenhaushalt seien die auflaufenden Kosten über den allgemeinen Kreishaushalt zu begleichen, was nicht zu verantworten sei.

Alle entscheidenden Fakten seien bekannt; es seien definitiv keine neuen Erkenntnisse hinzu gekommen. Die bislang geschilderten Sachverhalte seien nach wie vor gültig. Auch die Einschätzung des Zweckverbandes und der Kreisverwaltung bezüglich der Bewertung der Sach- und Rechtslage habe sich nicht geändert. Die FDP bewerte die Dinge zwar in einigen Punkten möglicherweise anders; dies ändere an der Beschlussreife in der Sache aber nichts. Dies werde auch am Freitag in der Verbandsversammlung deutlich werden.

Natürlich werde man sich darum bemühen, die Schulden abzubauen, denn man saniere den Haushalt, wo immer es möglich sei. Vom Zweckverband habe man einen Tilgungsplan erbeten, der der letzten Verbandsversammlung vorgelegt worden sei. Über die Hälfte der Schulden seien demnach bis Anfang der 2020er-Jahre getilgt.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, ließ Kreistagsvorsitzender Funke sodann abstimmen:

**Beschluss:**

Die 2. Änderungssatzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung mit Wirkung vom 01.01.2010 einschließlich der Gebührenkalkulation für die Jahre 2010 bis 2012 in der der Umweltausschuss-Niederschrift vom 02.12.2009 beigefügten Fassung werden beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitliche Zustimmung bei 28 Ja- und 17 Gegenstimmen / keine Enthaltungen

**TOP 5.3.3 Jahresrechnung des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2008; über- und außerplanmäßige Ausgaben (WTKF 02.12.)  
Vorlage: 601/2009**

Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2008 wurden zur Kenntnis genommen.

**TOP 5.3.4 Jahresrechnung des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2008; Kreditaufnahmen, Umschuldungen und Prolongationen 2008 (WTKF 02.12.)  
Vorlage: 602/2009**

Der Kreistag nahm die unter TOP 3.1.3 der Wirtschaftsausschuss-Niederschrift vom 2. Dezember 2009 aufgeführten Kreditaufnahmen, Prolongationen und Umschuldungen 2008 zur Kenntnis.

**TOP 5.3.5 Jahresrechnung des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2008; Beschluss über die Jahresrechnung und Entlastung des Landrats (WTKF 02.12.)  
Vorlage: 603/2009**

Der Kreistag nahm die Ausführungen in den Niederschriften des Wirtschaftsausschusses vom 2. Dezember 2009 (TOP 3.1.4) sowie des Kreisausschusses vom 9. Dezember 2009 (sh. TOP 3.1.5) zur Kenntnis und fasste folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die Jahresrechnung 2008 des Landkreises Friesland und erteilt dem Landrat gem. § 101 NGO i.V.m. § 65 NLO Entlastung.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Landrat Ambrosy nahm zu diesem Tagesordnungspunkt nicht an der Sitzung teil.

**TOP 5.3.6 Stellenplan 2010**  
**Vorlage: 589/2009**

**dazu: ergänzende Tisch-Vorlage Nr. 620/2009 zum KA 09.12.**  
**Vorlage: 620/2009**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.6 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 9. Dezember 2009 zur Kenntnis.

Kreistagsabgeordneter Kammer erklärte, die CDU-Fraktion werde den Stellenplan 2010 ablehnen. Eine Begründung erfolge im Rahmen der Haushaltsdebatte.

Der Kreistag beschloss sodann wie folgt:

**Beschluss:**

Der Stellenplan des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2010 – mit gesonderter Ausweisung des in den Einrichtungen

- Nordwest Krankenhaus Sanderbusch
- Volkshochschule und Musikschule Friesland – Wittmund
- Rettungsdienst Friesland
- Zweckverband Abfalldeponie Friesland/Wittmund
- ARGE Job-Center Friesland
- Zweckverband Veterinärämter JadeWeser
- Gemeinsame Leitstelle Friesland-Wilhelmshaven
- Jade Wirtschaftsförderung GmbH

beschäftigten Personals des Landkreises wird in der der Kreisausschuss-Niederschrift vom 9. Dezember 2009 beigefügten aktualisierten Fassung

(= **inklusive** der a) im WTKF beschlossenen zwei zusätzlichen Sozialarbeiterstellen an kreiseigenen Schulen sowie b) inklusive der per Tischvorlage 620/2009 vom 09.12.2009 beantragten zwei weiteren Sozialarbeiterstellen -Stellenpool - für den Fachbereich 22 nach Entgeltgruppe 9 TVöD/befristet bis zum 31.12.2010)

beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitliche Zustimmung bei 30 Ja- und 15 Gegenstimmen / keine Enthaltungen

## **TOP 5.3.7 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 (WTKF 02.12.)**

**dazu:**

**a) Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.12.2009,**

**b) Antrag MMW vom 11.12.2009,**

**c) Schreiben der Bürgermeister vom 9.12.2009**

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.7 der Kreisausschuss-Sitzung vom 9. Dezember 2009 wird verwiesen. Der Kreistag nahm Kenntnis.

Es ergab sich folgende Aussprache zum Haushalt 2010:

Landrat Ambrosy:

Der Haushalt 2010 sei in diesen Zeiten unter schwierigen Voraussetzungen zusammen gestellt worden. Erfreulicherweise könne man einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt vorlegen. Der mit den Kürzungen in den einzelnen Budgets und mit den Globalkürzungen um 3 % verbundenen Risiken sei man sich bewusst.

Land und Bund verführen genauso und verfügten alljährlich entsprechende Einsparungsmaßnahmen. Im Gegensatz zu ihnen verfüge aber der Landkreis über eine Budgetstruktur, die eine flexible Anpassung an die Gegebenheiten ermögliche. Einige Faktoren seien nur schwer beeinflussbar. Die Kreisverwaltung habe aber bereits in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie mit der Budgetierung den Haushalt im Griff behalte.

Das Wichtigste heute zu erreichende Ziel sei ein ausgeglichener und genehmigungsfähiger Ergebnishaushalt. Wenn dies nicht gelinge, greife die oberste Kommunalaufsicht ein. Der Landkreis Friesland sollte daher alles daran setzen, handlungsfähig und selbstbestimmt zu bleiben.

Ein Rückblick:

Im Jahr 2003 sei für Ende 2009 ein aufgelaufenes Fehlbetrag von rund 40 Mio. Euro prognostiziert worden. - Unter Verwendung des Überschusses des Jahres 2009 werde man nun unter 15 Mio. Euro Fehlbetrag gelangen, weil man stetig gespart habe.

2003 seien 68 Mio. Euro an langfristigen Schulden zu verzeichnen gewesen. Hier sei man nun bei knapp unter 60 Mio. Euro mit weiterer Tendenz nach unten angelangt. Die Systematik der Doppik zwingt allerdings dazu, knapp 2,9 Mio. Euro Schulden neu aufzunehmen, um die notwendigen und bereits beschlossenen Investitionen vor allem im Bereich der Schulen umsetzen zu können. Dieser Umstand sei umso bedauerlicher, als die Finanzpolitik seit 2003 ohne langfristige Schulden ausgekommen sei.

Die Verwaltung hoffe, dass sie durch günstige Ausschreibungsergebnisse, Einsparungsmöglichkeiten und möglicherweise Einnahmeverbesserungen die Schuldenhöhe im kommenden Jahr wieder senken könne.

Der Landkreis habe eindeutige Schwerpunkte gesetzt:

Bereits seit Jahren agiere man im Rahmen des Gesamthaushalts in etwa mit den gleichen Summen. Diese Leistung gelte es zu würdigen, denn angesichts steigender Sozial- und Jugendhilfekosten in den letzten Jahren und stark erhöhter Ausgaben für den Schulbau und die Wirtschaftsförderung sei dies nicht selbstverständlich.

Wenn man mit Konjunkturpaket II-Mitteln von 2,5 Mio. Euro insgesamt 10,8 Mio. Euro in 2010 für Schulinvestitionen leiste, dann habe man es mit einer enormen Wertsteigerung durch kommunale Mittel zu tun.

In 2010 stoße man drei große Projekte bei der Schule am Schlosserplatz in Jever, den Berufsbildenden Schulen Jever und Varel an, deren Vollendung in 2011 vorgesehen sei. Insgesamt werde der Landkreis Friesland dann etwa 66 Mio. Euro bis zum Ende der Wahlperiode in die Schulen investiert haben.

Morgen werde man in Varel mit den Arbeiten für das Ausbildungszentrum im AeroPark Varel beginnen. Damit werde ein weiterer strukturell wichtiger Schwerpunkt im friesländischen Ausbildungsangebot geschaffen.

Es sei bemerkenswert, dass in einem solch schwierigen Jahr ein ausgeglichener Ergebnishaushalt gelungen sei und man über die Jahre einen Überschuss von jetzt ca. 1,9 Mio Euro (1,6 % des Haushaltes) erzielt habe. Wenn es dem Landkreis finanziell verhältnismäßig ein wenig besser gehe, müsse man sich über die Verwendung des Überschusses Gedanken machen. Dieser sollte nicht nach „Gießkannen-Prinzip“ ausgeschüttet werden. Im Rahmen des Solidarsystems sollte ähnlich wie im Fall der Stadt Varel der Gemeinde Wangerland finanzielle Hilfe zukommen. Es entspreche dem Sinn der kommunalen Familie, sich gegenseitig zu helfen, wenn besondere Situationen einträten.

Der Landrat verwies auf die in den vergangenen Jahren erfolgte positive Entwicklung des Landkreises Friesland und bat darum, die Kreisverwaltung auf dem eingeschlagenen Weg weiterhin zu unterstützen.

Kreistagsabgeordneter Just

erinnerte an das vor einem Jahr geäußerte Versprechen, bei einer Ergebnisverbesserung aus dem Haushalt 2009 eine Beteiligung der Gemeinden zu prüfen. Mit diesem Versprechen sei seinerzeit die Diskussion um eine Senkung der Kreisumlage gegenüber den Bürgermeistern der Kommunen als auch gegenüber verschiedenen Mitgliedern des Kreistages abgewendet worden, die sich für eine Senkung der Kreisumlage stark gemacht hätten.

Vor einem Jahr sei aber nicht die Rede davon gewesen, dass man nunmehr nur einen Bruchteil der Ergebnisverbesserung weiterleite und hiervon nur eine einzige Gemeinde betroffen sei. Damit könne sich die BfB-Fraktion nicht einverstanden erklären. Sie unterstütze den Antrag der CDU-Fraktion. Ebenfalls unterstütze BfB das Schreiben der friesländischen Bürgermeister. Ferner beantrage man die Senkung der Kreisumlage um zwei Punkte.

Außerdem stelle BfB Anträge zur Senkung freiwilliger Leistungen. Der Landkreis erbringe freiwillige Leistungen im Umfang von 3 Mio. Euro. Die Mehrheitsgruppe habe anlässlich ihrer zweitägigen Haushaltsklausur keinen Vorschlag zur Haushaltsverbesserung unterbreitet. Offenbar sei trotz prekärer Haushaltslage nicht nach Einsparmaßnahmen gesucht worden.

Anm.:

*Auf die beigefügte bzw. im Kreistagsinformationssystem abrufbare Liste der freiwilligen Leistungen mit Erläuterungen wird hingewiesen.*

Die BfB-Fraktion beantrage konkret,

den Zuschuss in Höhe von 15.000 € für den Rittersaal im Schloss Gödens

sowie

die Mehrausgabe von 25.000 € für EWE-Naturwatt gegenüber konventionellem Strom

zu streichen.

Kreistagsabgeordnete Schlieper

erklärte, mit seinen Vorschlägen habe Herr Just zwar Einsparungsvorschläge über 40.000 Euro unterbreitet, andererseits aber die Einnahmesituation des Landkreises um 1,3 Mio. Euro verschlechtert.

Die schwierige Finanzlage des Landkreises Friesland sei nicht hausgemacht. Seit dem 01.01.2005 habe man die Folgen der Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs zu tragen, obwohl sie in 2007 zum Teil abgemildert worden seien. Sämtliche kommunalen Gebietskörperschaften erhielten mindestens 100 Millionen Euro jährlich zu wenig an entsprechenden Einnahmen. Angesichts der Steuereinbrüche und des Rückgangs des kommunalen Finanzausgleichs in 2010 könne man diese Schwächung nicht kompensieren. - Landkreise, Städte und Gemeinden seien seit Jahren chronisch unterfinanziert.

Die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse gelte leider nur für Land und Bund. Die daraus erwachsenden Belastungen würden zu Lasten der Kommunen verschoben und nähmen zukünftig zu.

Die anstehende Erhöhung der Regelsätze im Sozialgesetzbuch XII sei an keiner Stelle ko-finanziert. Genauso verhalte es sich mit der Aufgabenerweiterung bzw. der Standarderhöhung für die kommunalen Jugendämter. Ab April 2010 gelte die verbindliche Meldepflicht für Früherkennungsuntersuchungen. Damit verbunden sei ein erheblicher Verwaltungsaufwand, dessen Kosten man aus eigener Kraft kompensieren müsse.

Der Gesetzgeber schreibe überdies vor, man müsse regelmäßig Gewinne aus dem Ergebnishaushalt erwirtschaften, um im Investitionshaushalt/Finanzhaushalt über ausreichende Mittel zu verfügen. Wegen fehlender Finanzausgleichsmittel sei diese Vorgabe aber kaum zu erfüllen.

In 2009 sei unter größten Anstrengungen wie z. B. einer faktischen Haushaltssperre eine Einsparung von 1,7 % und damit letztlich ein Überschuss erzielt worden. Es gehe nicht an, diese von den Abteilungen der Kreisverwaltung mühsam erwirtschafteten Mittel letztlich anderweitig weiterzureichen. Die Finanzlage des Landkreises würde durch ein solches Vorgehen nicht gebessert und die Motivation für weitere Sparbemühungen werde deutlich abgebaut.

Die SPD-Fraktion habe keinesfalls die Aussage gemacht, man werde Beträge, um die sich der Kreishaushalt verbessere, an die Kommunen zurück geben. Man habe eine Prüfung zugesagt. Diese Überlegung sei im Rahmen der Haushaltsberatungen aufgegriffen und intensiv diskutiert worden; im Ergebnis habe man aber festgestellt, dass eine Verteilung von Mitteln „per Gießkanne“ nicht machbar und nicht gewollt sei.

Kommunen allerdings, die eine enorme Belastung zu verkraften hätten - wie z. B. die Stadt Varel im vergangenen Jahr oder aktuell die Gemeinde Wangerland - wolle man Unterstützung zukommen lassen. Man werde vertraglich entsprechende Vereinbarungen treffen, in denen man auch die erwarteten Maßnahmen der Kommune zur Haushaltskonsolidierung festhalten werde. Damit werde der Landkreis seiner Aufgabe gerecht, für möglichst gleiche Bedingungen in seinen Kommunen zu sorgen.

Im Jahr 2010 habe man eine Senkung der Kreisumlageneinnahme um 2,4 Mio. Euro sowie ein Minus bei den Finanzzuweisungen von 5 Mio. Euro zu verkraften. Diese und weitere zu erwartende Belastungen seien nicht mehr zu kompensieren. Man danke der Kreisverwaltung für ihre Vorschläge zur Erreichung einer 3 %igen Minderausgabe.

In Haushaltsberatungen der Kommunen und des Kreises werde immer wieder deutlich, dass die Vorgabe einer 3 %igen Ausgabensenkung zu langwierigen Diskussionen um jegliche Haushaltsposition führe. Viele Interessenkonflikte träfen auf einander und seien auskömmlich zu lösen.

Allen Kreistagsabgeordneten sei es wichtig, die politische Handlungsfreiheit zu behalten und in seinem Haushaltsrecht nicht von Weisungen der Kommunalaufsicht abhängig zu werden.

Wenn der Arbeitskreis der Hauptverwaltungsbeamten zu konkreten Ergebnissen gelange, wolle man dafür sorgen, dass man bei einer Neuverteilung der Aufgaben die Kommunen größtmöglich entlaste, so Frau Schlieper. Man hoffe sehr darauf, dass die Neustrukturierung und Verteilung von Aufgaben Schwerpunkt in der anstehenden Diskussion werde, damit eine Effizienzsteigerung erzielt werde. Eine Zentralisierung der Aufgabenwahrnehmung zwischen den Kommunen könne zu deutlichen Einsparungen führen.

Man werde demnächst den Vorschlag unterbreiten, an diesen beiden von den Bürgermeistern gebildeten Arbeitsgruppen auch Kommunalpolitiker zu beteiligen. Es könne nicht sein, nur Beschlussvorlagen der Hauptverwaltungsbeamten zur Entscheidung zu erhalten; in die vorherige Diskussion wolle man ausdrücklich eingebunden werden. Dabei sollte möglichst aus jeder Fraktion ein/e Vertreter/in entsandt werden.

Der Landkreis Friesland zeige sich in schwierigen Zeiten erfreulich stabil; dies zeige auch die Arbeitslosenquote des Monats November 2009. Mit 6,7 % sei sie zwar immer noch zu hoch. Dennoch zeige sich, dass man mit den strukturellen Veränderungen auf dem richtigen Wege sei und man eine Stabilität erreicht habe, die noch vor Jahren nicht zu erwarten gewesen sei.

In die Schwerpunktbereiche Schule/Bildung/Kinder- und Familienförderung werde auch in 2010 nach Kräften investiert. 3,5 Mio. Euro für die Sanierung von Schulen, 4,8 Mio. Euro für zusätzliche Investitionen aus dem Finanzhaushalt und die bereits beschlossenen 2,5 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II – insgesamt werde man Ausgaben von 10,8 Mio. Euro für die Schullandschaft in den Städten und Kommunen leisten. In Anbetracht der schwierigen Haushaltssituation sei dies eine stolze Summe. Die Großprojekte wie BBS Jever, BBS Varel und Förderschule in Jever seien begonnen worden.



Zwei Drittel der Maßnahmen seien nach und nach abgearbeitet worden. Aufgrund der Finanzkrise müsse man die Umsetzung des letzten Drittels etwas verschieben. Aber man lege Wert darauf, die Projekte so zeitnah wie möglich zu Ende zu führen, um dann verstärkt in die Schuldentilgung eintreten zu können.

Es gehe an dieser Stelle auch um Bildungsgerechtigkeit, um frühe Förderung und gleiche Chancen für Kinder. Betroffen von diesen Investitionen seien also alle Bürgerinnen und Bürger mit ihren Familien.

Die SPD-Fraktion stehe hinter diesen wichtigen Investitionen für die Zukunft und sei deswegen auch für die Einrichtung der Familien- und Kinderservicebüros in Sande und Varel. Auch die Ausstattung aller Haupt- und Förderschulen mit Schulsozialarbeitern sei ein ebenso großes Anliegen. Im Moment bestehe noch die vom Land verhängte Wiederbesetzungssperre. Wegen der anerkannten Notwendigkeit dieser Stellen werde man in Friesland in Vorleistung treten und hoffe darauf, dass die Landesregierung die Sperre aufhebe.

Der zweite Schwerpunktbereich - die Wirtschaftsförderung - bleibe ungekürzt. Die Ausgaben für Wirtschaft und Tourismus würden von der Fraktion nicht als freiwillige Leistung gesehen. Es gehe vielmehr um eine Verpflichtung, der man nachkommen müsse, wenn man Arbeitsplätze sichern und damit Landkreis und Region stärken wolle. Mit regionaler und überregionaler Unterstützung leiste man erfolgreiche Wirtschaftsförderung. Die Jade Bay-Wirtschaftsförderung werde gute Arbeit leisten, so dass man gut aufgestellt sei, wenn der JadeWeserPort in Betrieb gehe.

Der Arbeitskreis zur Umsetzung des „Masterplan Nordsee“ sei ebenfalls auf gutem Wege. Seine Arbeit sei unabdingbar, weil Tourismusförderung ein Teil der Wirtschaftsförderung sei - genauso wie die kulturelle Förderung und die finanzielle Unterstützung von Denkmälern wie das Schloss Gödens. Einer breiten Schicht kämen diese Maßnahmen später zu Gute. Es sei daher eine Pflicht, Denkmäler – unter finanzieller Eigenbeteiligung der Eigentümer – auch mit öffentlichen Mitteln erhalten zu helfen.

Der Zweckverband Abfallwirtschaftszentrum Friesland/Wittmund habe ein schwieriges Jahr hinter sich. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zweckverbandes seien immer wieder in die laufende Diskussion eingebunden worden; ihnen gelte ein Dank für die Geduld bei der Beantwortung zahlreicher immer wieder gestellter Fragen und für viele verschiedene Berechnungsvarianten, die man dort abverlangt habe.

Die Abfallwirtschaft sei eine Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge und daher aus gutem Grunde umsatzsteuerfrei. Falls die Bundesregierung diese Regelung ändere, dann stehe mit Sicherheit allerdings die nächste Gebührenerhöhung an.

Für die Rettungsdienst Friesland gGmbH sei das Jahr positiv verlaufen. Es sei erheblich modernisiert worden, das Rettungswesen befinde sich auf einem guten Niveau. Die Rettungskräfte fänden sachgerechte und bessere Arbeitsbedingungen vor. Mit besseren Voraussetzungen könnten sie nunmehr für schnelle und effektive Hilfe vor Ort leisten. Es gehe ein Dank an alle, die diese Weiterentwicklung ermöglichten.

Mit der Einrichtung des Seniorenservicebüros sei ein weiterer Meilenstein in der Seniorenpolitik gesetzt worden. Das Land gewähre eine Förderung und trage damit der Tatsache Rechnung, dass 34 % der Bevölkerung im Jahr 2020 aus über 60jährigen Menschen bestünden. Für diese Situation gelte es jetzt Grundlagendaten

zu erheben und die Grundvoraussetzungen zu schaffen, um eine ausreichende Beratung der über 60jährigen sicherzustellen und ihnen in Friesland einen seniorenfreundlichen Lebensraum zu schaffen.

Die Fraktion bedanke sich bei allen Kreistagsabgeordneten, der Verwaltung und den Mitgliedern der Presseredaktionen für die konstruktive Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr.

Kreistagsabgeordneter Chmielewski

dankte der Verwaltung für alle Erläuterungen zum durch die Doppik leider nur schwer verständlichen Haushalt 2010.

In 2008 sei die Diskussion zum Thema „Kreisumlage“ durch die Option einer möglichen „Gewinnausschüttung“ abgebrochen worden. MMW sei ausdrücklich gegen eine Senkung des Kreisumlagesatzes; dies verbiete sich aus dem Schuldenstand des Landkreises und seiner Wahrnehmung übergeordneter Aufgaben. Hinzu komme die Verpflichtung zur Schuldentilgung, die ohne eine entsprechende Mittelausstattung nicht leistbar sei.

Am 24.11.2008 habe er, so Herr Chmielewski, einen Antrag gestellt, die Kommunen an einer evtl. Haushaltsverbesserung zu beteiligen. Leider sei diese Absicht nicht schriftlich fixiert worden, sonst hätte man eine erneute Diskussion in 2009 verhindern und sich auf die evtl. Situation rechtzeitig einstellen können. Zum Inhalt dieses Antrages aus 2008 stehe er auch heute noch, so KTA Chmielewski. Ähnliche nun von der BfB-Fraktion und der CDU-Fraktion vorgelegte Anträge wären bei einer Festschreibung in 2008 entbehrlich gewesen.

Die große Mehrheit aller haushaltsrelevanten Beschlüsse habe MMW bislang mitgetragen. Er habe, so Herr Chmielewski, zwei Haushaltsverbesserungen vorgeschlagen. Eine global vorgeschlagene 2 %ige Kürzung sei vom Vorgehen der Verwaltung – 3 % - noch übertroffen worden.

Die Höhe der Kreisumlage sei nicht diskutabel. Gesprochen werden müsse aber über eine grundsätzliche Aufgabenkritik. Viele Investitionen des Kreises für die Kommunen seien letztlich nur durch Einnahmen aus der Kreisumlage machbar; diese Tatsache sei zu wenig bewusst. Überlegenswert sei z. B. die Verzahnung von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen; es gebe Überschneidungen zwischen Förderstrukturen von Kreis und Gemeinden.

Obwohl MMW dem Haushalt 2010 positiv gegenüber stehe, sehe er sich in der Pflicht, seinem in 2008 gestellten Antrag nun nachzukommen, so KTA Chmielewski. Der Landrat habe seinerzeit eine Diskussion in Aussicht gestellt, die auch erfolgt sei. Es sei diskutiert worden über die Hilfestellung des Landkreises für Not leidende Kommunen. Bei einer so nach Bedarf ausgerichteten Diskussion hätten Gemeinden, die in diese Notlage gar nicht erst gerieten, von vornherein keine Möglichkeiten finanzieller Vergünstigungen. Die Verwendung der Kreismittel sei zwar sozial richtig, aber werde in diesen Gemeinden wohl aufs Ganze gesehen nicht so empfunden.

MMW werde sich zum Haushalt 2010 der Stimme enthalten.

Kreistagsabgeordneter Harms

führte aus, es gehe darum, wie der Landkreis sich aktuell gegenüber seinen Kommunen verhalten solle. Auch bei ihnen seien wie beim Landkreis Einnahmeeinbrüche zu verzeichnen und sie hätten mit Problemen zu kämpfen.

In 2009 seien anlässlich der Verabschiedung des Haushalts Hoffnungen geweckt worden, dass ein evtl. Überschuss verteilt werde.

Es sei auch angedeutet worden, wem entsprechende Mittel zukommen könnten. Insofern würde es zur Glaubwürdigkeit der Politik beitragen, wenn man einen noch bestehenden Restbetrag doch noch verteilen würde.

Im Haushalt 2010 gehe es erneut um Kosten und die Kreisumlage. Als Ratsherr der Stadt Jever sei er bei diesem Thema, so Herr Harms, naturgemäß zu einem Spagat gezwungen. Er begrüße ausdrücklich die vom Landkreis Friesland getätigten Investitionen im Bereich der Schulen, um den Sanierungsstau der vergangenen Jahre zu beseitigen. Andererseits müsse dabei stets im Auge behalten werden, sich nicht noch mehr zu verschulden. Durch die Doppik sei Vieles schwieriger geworden.

Herr Just habe beantragt, die Kreisumlage um 2 Punkte zu senken; alternativ beantrage er selbst, so Herr Harms, die Kreisumlage zumindest um einen Punkt zu senken. Dies erhöhe den Druck, Steuergelder sparsam einzusetzen. Den Kommunen komme man damit ein Stück entgegen; auch sie hätten in den vergangenen Jahren erhebliche Investitionen geleistet und hätten trotz starker Förderung durch das Konjunkturpaket Kredite abzuzahlen.

Wichtig sei es, die Übersicht nicht zu verlieren und im Rahmen der kommunalen Familie noch enger zusammen zu arbeiten.

Die Arbeitslosenquote stelle sich derzeit relativ positiv dar. Aber die Einkünfte vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer reichten heutzutage kaum oder gar nicht aus, um eine Familie ernähren zu können. Diese Fälle tauchten in der Arbeitslosenstatistik nicht auf.

Er richte den Appell an die Politik, so Herr Harms, noch offener, ehrlicher und transparenter zu agieren und noch mehr als bisher für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein. Tatsächlich seien Landkreis und Kommunen chronisch unterfinanziert; diesen Umstand aber habe man nicht allein zu verantworten.

Abschließend dankte Herr Harms allen, die sich unternehmerisch, beruflich und ehrenamtlich positiv für Friesland einsetzten.

Kreistagsabgeordneter Burgenger

stellte fest, der Landkreis Friesland schiebe ein Fehlbetrag von 16 Mio. Euro vor sich her. Diese Tatsache verbiete eine Debatte um eine Senkung der Kreisumlage. In 2009 habe man eine Beteiligung der Kommunen an einer Verbesserung des Jahresergebnisses durchaus in Aussicht gestellt. Es sei vernünftig, nun der Gemeinde Wangerooge einen Teil der erwirtschafteten Verbesserung als Unterstützung zukommen zu lassen, weil sie sich in einer prekären Lage befinde.

Die fehlende finanzielle Ausstattung durch Bund und Land sei nicht kompensierbar. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem Haushalt 2010 zustimmen; er setze die richtigen Schwerpunkte, auch wenn er chronisch unterfinanziert sei und man im Grunde einer Nettokreditaufnahme von über 2 Mio. Euro nicht zustimmen könne.

Kreistagsabgeordnete Kindo

signalisierte ihre Zustimmung für den Haushalt 2010. Sie schließe sich im Wesentlichen den Ausführungen von Herrn Chmielewski an. Im Gegensatz zu MMW

sehe sich das Linksbündnis jedoch nicht an den in 2008 durch MMW gestellten Antrag gebunden.

Erfreulich seien vor allem die nun geschaffenen vier Stellen für Sozialarbeiter. Frau Kindo appellierte daran, in der weiteren politischen Arbeit zukünftig etwas engagierter die Rechte gegenüber Bund und Land einzufordern.

Kreistagsabgeordneter Just

erklärte, dem Antrag aus 2008, bei einer zukünftigen Ergebnisverbesserung die Kommunen zu beteiligen, habe BfB in den entsprechenden Ausschüssen mangels Stimmrecht nicht zustimmen können.

BfB kritisiere fehlende Anstrengungen und Vorschläge zur Haushaltssanierung und zur Einsparung. Ein Vorschlag der Fraktion beziehe sich auf das Gesamtpaket von 3 Mio. Euro, das sich aus vielerlei kleineren freiwilligen Leistungen zusammen setze. Über kleinere Einsparungen an dieser Stelle würde man allerdings nicht zu Haushaltssanierung und Schuldentilgung gelangen.

Die dem EWE-Verband angehörenden Kommunen hätten der EWE in Form einer Kapitalerhöhung praktisch 16 % ihrer Anteile - entsprechend rd. 1 Mrd. Euro - geopfert. Diese Kommunen müssten aus existenziellen Gründen von der EWE mindestens eine entsprechende Verzinsung in Form einer Dividende von 5 % aus dieser Kapitalerhöhung verlangen. Hätte die EWE diesen Betrag auf dem Kapitalmarkt als Anleihe aufgenommen, so hätte sie zusätzlich zu den Zinsen auch eine Tilgung zu leisten. Angesichts ersparter Tilgungsleistungen sollte die EWE den Betrag von 1 Mrd. Euro zu 5 % verzinsen. Dies entspreche einer zusätzlichen Dividende von 50 Mio. Euro; auf den Landkreis entfielen ca. 10 % = 5 Mio. Euro.

Dieser auf 20 – 25 Jahre wiederkehrend verfügbare Betrag habe bei einer Aufteilung auf Landkreis und Gemeinden eine Entschuldung der Kommunen zur Folge. BfB schlage vor, diesen Gedanken in den nächsten Jahren umzusetzen. Fast alle Landkreise bzw. die ihnen angehörigen Kommunen im Bereich der EWE seien genau wie Friesland verschuldet; die Interessenlage sei dieselbe. Eine solche Ausschüttung biete nach Ansicht der BfB-Fraktion die Perspektive und den einzig gangbaren Weg, in erlebbarer Zeit die Schuldenberge abzubauen.

Kreistagsabgeordneter Kammer

dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises für die von ihnen erbrachten Sparleistungen und der Verwaltung für die eingehende Erläuterung des Haushalts 2010. Er bat um Übermittlung des Dankes an die Mitarbeiterschaft.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise habe Friesland erreicht und bringe Einnahmehinbrüche mit sich. Zu den Vorwürfen an Bund und Land verweise er auf die Ausführungen des Landrates, der auf das in seinen finanziellen Auswirkungen schwierigste Jahr 2003 eingegangen sei. Damals sei die Regierungskonstellation des Bundes noch eine andere gewesen.

Seitdem habe auf Bundes- und Landesebene eine Phase der Konsolidierung eingesetzt, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise derzeit teilweise wieder unterbrochen worden sei.

Die CDU-Fraktion habe Mitte 2009 die Bürgermeisterin sowie die Bürgermeister der Städte und Gemeinden Frieslands an einen Tisch geholt, um gemeinsam zu versuchen, ggf. Zuständigkeiten zu ändern, Kosten zu minimieren und dadurch die

finanzielle Belastung aller besser zu schultern. In den bisherigen Gesprächen habe man sich dabei sehr konstruktiv mit den Problemen befasst.

Innerhalb der Fraktion habe man eine sehr eingehende Haushaltsdiskussion 2010 geführt. Der Haushalt sei im Bereich der Ausgaben sehr geprägt durch Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket für Schulen und energetische Einsparmaßnahmen. Diesen Weg setze man gemeinsam mit dem Kreistag fort.

Wenn der Landrat darstelle, dass in 2010 letztlich mit den drei großen Maßnahmen 66 Mio. Euro investiert worden, so müsse in diesem Zusammenhang auch die Hilfe der Kommunen genannt werden. Man habe bei den Ausgaben sehr sorgfältig entschieden nach Neuanlage oder Instandsetzung/Reparatur, obwohl sicherlich Vieles auch über langfristige Schulden hätte abgewickelt werden können. Diese Maßnahmen aber habe man einvernehmlich gemeinsam durchgeführt.

Für 2010 rechne man mit einer Neuverschuldung von 2,85 Mio. Euro; die langfristigen Schulden des Landkreises betrügen dann 60 Mio. Euro. Die CDU-Fraktion gehe davon aus, dass man bis zum Ende der Wahlperiode in 2011 diesen Berg kaum noch abtragen könne. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die damit verbundene Mindereinnahmen würden auch im Jahr 2011 noch Auswirkungen zeigen.

Daher sei um so sorgfältiger zu überlegen, wo man als Landkreis Schwerpunkte setzen, investieren und Hilfe für die Wirtschaftsbetriebe gewähren wolle. Ziel müsse es sein, Arbeitsplätze zu erhalten und nach Möglichkeit auch neue zu schaffen, damit die Menschen im Landkreis eine Perspektive erhielten, vor allem durch die Projekte am tiefen Fahrwasser in Friesland leben und von hier aus ihrer Arbeit nachgehen zu können.

Nachhaltig gelte es dabei aber auch im Auge zu behalten, die Situation der Städte und Gemeinden dauerhaft zu verbessern. Auch aus den Gewerbeansiedlungen müssten wieder Erträge fließen; nur so sei eine Verbesserung der kommunalen Finanzsituation denkbar.

Die verhängte globale Kürzung aller Ausgaben in 2010 um 3 % halte die Fraktion für relativ abenteuerlich. Bei zwei heute noch zu beschließenden Punkten würden die Budgetposten bereits nicht ausreichen. Die Fraktion habe dazu eine Liste angefordert, die die Posten aufführe, zu denen eine 3 %ige Kürzung machbar und wo sie ausgeschlossen sei. In den einzelnen Budgets werde man sicherlich zu unterschiedlichen Gewichtungen gelangen.

Zur Ablehnung des Stellenplanes:

Die Aussage der Kreisverwaltung, sie habe alle Posten durchforstet und es seien keine weiteren Mittel mehr verfügbar, erscheine zumindest zweifelhaft, wenn zwei Schulsozialarbeiter – die man für erforderlich halte – doch noch aus eigenen Mitteln finanzierbar seien. Diese Stellen seien wichtig, aber es müsse darum gehen, auf allen verfügbaren Wegen auf das Land einzuwirken, diese Positionen zu besetzen. Die Kosten seien dort zu zahlen, wo sie anfielen.

Zunächst zwei Schulsozialarbeiter einzustellen und die Kosten dem Land in Rechnung zu stellen, bleibe abzuwarten. Das Land prüfe derzeit sehr bewusst und eingehend alle Haushaltspositionen.

Zum Haushalt 2009 habe die CDU-Fraktion seinerzeit drei Vorschläge unterbreitet, an die man seine Zustimmung geknüpft habe: Zum einen sollte mit den betroffenen Städten und Gemeinden ergebnisoffen der freie Strandzugang in Friesland geprüft werden. Es bestehe der Eindruck, dass die Verwaltung diese Anregung nicht bis zum Ende verfolgt habe.

Ein weiterer Vorschlag war eine Angebotsplanung, Biogasanlagen mit den Städten und Gemeinden durchzuführen wie im Falle des Interkommunalen Gewerbegebietes. Wiefels sollte bei diesen Überlegungen außen vor bleiben. Auch in dieser Angelegenheit sei man wohl kaum voran gekommen.

Umgesetzt werde das ohne Frage wichtige Bildungskonzept.

Die CDU-Fraktion werte dies als Absage an eine konstruktive Zusammen- und Mitarbeit. Daher verbinde man eine Zusage oder Ablehnung zum Haushalt 2010 mit dem konkreten Antrag, den Städten und Gemeinden aus dem Überschuss 2009 1,3 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. Dies entspreche etwa 2 % Kreisumlage. Mit diesem Verfahren setze man sich auch nicht der Ankündigung der Kommunal-aufsicht aus, sie werde einer Senkung der Kreisumlage nicht zustimmen können.

Seit Jahren führe man die Diskussion über eine Entlastung, die der Landkreis im Falle eines Überschusses durch gerechte Verteilung auf alle Mitglieder der kommunalen Familie gewähren solle.

Es verwundere die CDU-Fraktion, dass man auf Nachfrage nach Zwischenergebnissen zum laufenden Haushaltsjahr ein Vierteljahr habe warten müssen. Nachdem aber die Forderung auf Ausschüttung von 1,3 Mio. Euro an die Kommunen vorgelegen habe, seien dagegen sehr schnell Mehrausgaben des Landkreises noch für 2009 in Höhe von ca. 1,1 Mio. Euro belegt worden.

Ausdrücklich stimme die Fraktion der Liquiditätshilfe für die Gemeinde Wangerland zu. Man möchte diese Hilfe an Bedingungen geknüpft wissen, die seitens der Gemeinde erfüllbar seien. Die Bedingungen sollten aber auch für die Zukunft Maßstab für alle Städte und Gemeinden des Landkreises sein, damit für sie erkennbar sei, unter welchen Voraussetzungen sie ggf. mit einer Liquiditätshilfe des Landkreises rechnen könnten.

Die CDU-Fraktion sehe ihre Verantwortung gegenüber den Städten und Gemeinden als Kreistagsabgeordnete, um innerhalb der kommunalen Familie für einen gerechten Ausgleich zwischen Be- und Entlastung zu sorgen. Er verweise auf das Schreiben der Bürgermeisterin und der Bürgermeister vom 9. Dezember 2009, so Herr Kammer.

Die Runde der Bürgermeister habe zur Frage evtl. Sparmöglichkeiten Ausführungen gemacht. Diesen Weg gelte es nun fortzusetzen, um gemeinsam für die Zukunft Schwerpunkte in der Aufgabenwahrnehmung zu strukturieren. Dabei müsse man durchaus auch überörtliche Mitgliedschaften überprüfen. Es handele sich oft nur um kleine Kostenpositionen, gleichwohl kosteten diese Mitgliedschaften aber auch Zeit, weil die jeweiligen Termine wahrzunehmen seien.

In einem seinerzeit gebildeten Arbeitskreis habe man das Thema „Schülerbeförderung“ intensiv beraten. Der Mehrheit habe damals leider der Mut gefehlt, die Überlegungen entsprechend umzusetzen. Wenn man Dinge auf den Prüfstand

stelle, müsse man hinterher auch ergebnisoffen versuchen, die Ergebnisse zu vertreten.

Zukünftig werde man sich wesentlich intensiver mit den Aufgabenstellungen und dem Angebot an die Bürgerinnen und Bürger in Friesland auseinander setzen müssen. Voraussichtlich werde man noch ca. 2 Jahre den Gürtel enger schnallen müssen, bevor es wieder bergauf gehe.

Es gelte gemeinsame Aufgabenwahrnehmungen finden. Es nütze nichts, dabei beispielsweise auf eine von der Bundesregierung geplante Einführung der Mehrwertsteuer auf Abfallentsorgungsleistungen zu verweisen. Wichtig sei vielmehr eine sachliche Auseinandersetzung mit den dadurch entstehenden Auswirkungen. Unter Umständen seien auch dann teilweise Vorsteuerkürzungen möglich, so dass derzeit kein Anlass für Befürchtungen bestehe.

Eine gleichmäßige Lastenverteilung unter den Kommunen sei auch wichtig, damit sich die Städte und Gemeinden finanziell erholen und wieder in der Lage seien, Maßnahmen umsetzen.

Die CDU-Fraktion als große Oppositionspartei sei bereit, diesen gemeinsamen Weg verantwortungsvoll mit zu gehen. Man erwarte dabei die ernsthafte Auseinandersetzung mit den gestellten Anträgen und ein entsprechendes Verwaltungshandeln dazu. Wenn dem CDU-Antrag zur Verwendung der 1,3 Mio. Euro zugestimmt werde, könne die Fraktion dem Haushalt zustimmen, andernfalls lehne man den Haushalt 2010 ab. Die Gewährung von 500.000 Euro als Liquiditätshilfe an die Gemeinde Wangerland trage die Fraktion jedoch ausdrücklich mit.

Herr Kammer schloss mit einem Dank an alle Organisationen des Landkreises Friesland, die ihren Beitrag dazu leisteten, dass Friesland trotz finanzieller Schwierigkeiten liebenswert sei und bleibe. Allen Anwesenden wünschte Herr Kammer ein besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2010.

Landrat Ambrosy

nahm zu den von Herrn Kammer angesprochenen Punkten Stellung:

Das Bildungskonzept sei vom Kreistag einstimmig verabschiedet worden; man habe darüber im Schulausschuss bereits zweimal gesprochen. Der Umsetzungsprozess laufe, nehme aber naturgemäß Zeit in Anspruch, da auch die Städte und Gemeinden (Kindergärten!) einzubinden seien.

Zum Thema „Biogasanlagen“ befinde man sich in Gesprächen. Das Problem liege darin, dass es Gemeinden gebe, die eine Einmischung in ihre Planungshoheit befürchteten. Diese Einstellung sei verständlich, da Flächennutzungsplanung eine originäre Aufgabe der Räte sei.

In weiteren Gesprächen mit den Kommunen gelte es auszuloten, wie man diese Problematik mit raumordnerischen Überlegungen in den Griff bekomme.

Zum Thema „freier Strandeintritt“ befinde sich die Gemeinde Wangerland derzeit in der Prüfung, ob die Kosten zu übernehmen seien oder ob es andere Alternativen gebe. Nur in diesem einen der drei von Herrn Kammer aufgeführten Punkte gebe es möglicherweise Dissens.

Der Landrat versicherte, er werde den Dank des Kreistages an die jeweiligen Einrichtungen weiterleiten. Tatsächlich stünden auch die Tochterunternehmen des

Landkreises sehr gut da. Das Nordwest-Krankenhaus habe gute Zahlen aufzuweisen. Das Gesamtgebilde „Landkreis“ habe sich auch im Hinblick auf die angeschlossenen Einheiten sehr gut entwickelt.

Der Kreistag habe das Thema „Ausfallbürgschaft für das Ausbildungszentrum“ in seiner letzten Sitzung beschlossen. Die dazu erforderliche Genehmigung liege erfreulicherweise mittlerweile vor. Konzeptionell und finanziell sei das Projekt jetzt gesichert.

Die Verwaltung habe in der letzten Zeit mehrfach mit der Kommunalaufsicht gesprochen. Diese habe sich deutlich dazu geäußert, der Landkreis solle keine neuen Schulden machen bzw. Beträge überziehen. Hinsichtlich des Haushaltsentwurfs befinde sich der Landkreis auf dem richtigen Weg.

Die Kommunalaufsicht habe die Sparbemühungen des Landkreises ausdrücklich anerkannt und darum gebeten, **den in § 4 der Haushaltssatzung genannten Höchstbetrag für Liquiditätskredite von 25 Mio. Euro nach Möglichkeit zu senken.**

Die Verwaltung halte diesen Schritt für unbedenklich und schlage vor, der Bitte der Kommunalaufsicht nachzukommen und die Höhe der möglichen Liquiditätskredite in § 4 neu auf **22,5 Mio. Euro** festzusetzen. Damit werde der Spardruck erhöht.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Kreistagsvorsitzender Funke ließ sodann wie folgt abstimmen:

**Beschlüsse:**

a)

Der Zuweisung einer Liquiditätshilfe an die Gemeinde Wangerland in Höhe von 500.000 Euro aus der Haushaltsverbesserung 2009 wird zugestimmt.

b)

Die Anträge der CDU-Fraktion vom 11. Dezember 2009 sowie des Kreistagsabgeordneten Chmielewski, MMW, vom 11.12.2009 auf Verteilung des in 2009 zu erwartenden Überschusses an die Städte und Gemeinden des Landkreises werden abgelehnt.

c)

Eine 1 %ige Senkung der Kreisumlage – Antrag des Kreistagsabgeordneten Harms – wird abgelehnt.

d)

Eine 2 %ige Senkung der Kreisumlage – Antrag der BfB-Fraktion – wird abgelehnt.

e)

Der Antrag der BfB-Fraktion, den Zuschuss in Höhe von 15.000 € für den Rittersaal im Schloss Gödens zu streichen, wird abgelehnt.

f)

Der Antrag der BfB-Fraktion, die Mehrausgabe von 25.000 € für EWE-Naturwatt gegenüber konventionellem Strom zu streichen, wird abgelehnt.



g) Gesamthaushalt 2010:

aa)

Dem Haushaltsplan 2010 wird auf der Basis der Beschlusslage aus dem Kreisausschuss vom 9. Dezember 2010 zugestimmt.

bb)

Die Haushaltssatzung 2010 wird gegenüber der Beschlusslage vom 9. Dezember 2009 unter § 4 – Höhe der Liquiditätskredite - geändert und in folgender aktualisierter Fassung verabschiedet:

## **Haushaltssatzung**

### **des Landkreises Friesland für das Haushaltsjahr 2010**

Auf Grund des § 84 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 65 der Niedersächsischen Landkreisordnung hat der Kreistag des Landkreises Friesland in der Sitzung am 16. Dezember 2009 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

#### **§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 wird

**1. im Ergebnishaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	<b>112.618.608 Euro</b>
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	<b>112.618.608 Euro</b>
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	<b>0 Euro</b>
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	<b>0 Euro</b>

**2. im Finanzhaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<b>107.562.492 Euro</b>
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<b>105.257.781 Euro</b>
2.3 der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	<b>2.240.290 Euro</b>
2.4 der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	<b>9.445.100 Euro</b>
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	<b>6.861.511 Euro</b>
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	<b>3.961.412 Euro</b>

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	116.664.293 Euro
– der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	118.664.293 Euro
–	
§ 2	

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **6.861.511 Euro** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf **1.000.000 Euro** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2010 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **22.500.000 Euro** festgesetzt.

§ 5

Der Umlagesatz der Kreisumlage wird auf **54 %** der Steuerkraftmesszahlen und der Gemeindeschlüsselzuweisungen festgesetzt.

Jever, den 16. Dezember 2009

## LANDKREIS FRIESLAND

Landrat“

### **Abstimmungsergebnisse:**

zu a) Liquiditätshilfe für die Gemeinde Wangerland  
mehrheitliche Zustimmung bei 1 Gegenstimme

zu b)  
17 Ja-Stimmen für die Anträge von CDU-Fraktion und KTA Chmielewski, MMW  
24 Gegenstimmen  
4 Enthaltungen

zu c)  
4 Ja-Stimmen für den Antrag von KTA Harms  
26 Gegenstimmen  
15 Enthaltungen

zu d)  
4 Ja-Stimmen für den BfB-Antrag  
11 Gegenstimmen  
30 Enthaltungen

zu e)

- 2 Ja-Stimmen für den BfB-Antrag
- 37 Gegenstimmen
- 6 Enthaltungen

zu f)

- 2 Ja-Stimmen für den BfB-Antrag
- 35 Gegenstimmen
- 8 Enthaltungen

zu g)

Ergebnis zu aa) und bb):

- 26 Ja-Stimmen
- 18 Gegenstimmen
- 1 Enthaltung

#### **TOP 5.3.8 Antrag der BfB-Fraktion vom 28.11.2009 betr. Entschließung des Kreistages zur EWE-Strompreiserhöhung (WTKF 02.12.)**

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.8 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 9. Dezember 2009 wird verwiesen.

Kreistagsabgeordneter Just erklärte, aus Anlass der EWE-Strompreiserhöhung von 14 % zum 1. Januar 2010 schlage die BfB-Fraktion dem Kreistag die Verabschiedung einer Resolution vor, die aus vier Punkten bestehe. Die Punkte 1 und 4 des Antrages seien von besonderer Bedeutung:

„1.:

Die EWE wird aufgefordert, die jahrzehntelange Stammkundschaft in der Weser-Ems-Region tariflich nicht schlechter zu stellen als Kunden außerhalb der Region.

4.:

EWE wird aufgefordert, (die ursprünglich an dieser Stelle befindliche Formulierung fällt weg) ... in der Region Strompreise anzubieten, die sich im vorderen Drittel der bei Verivox gelisteten Angebote bewegen.“

Zur Begründung führte Herr Just aus, die EWE-Strompreiserhöhung sei besonders hoch. Über 100 Anbieter erhöhten ihre Preise zum 1. Januar 2010 um durchschnittlich 6 %; mit 14 % falle die EWE aus dem Rahmen.

Einige Anbieter, darunter auch große wie RWE und E.On erhöhten ihre Preise nicht. Etwa 40 Anbieter nähmen eine Preissenkung vor.

EWE liege mit ihren Strompreisen in Schortens lt. Vergleichsportal Verivox inzwischen mit dem preisgünstigsten Tarif auf Platz 45 von ca. 60 Versorgern.

Überall außerhalb Weser-Ems biete EWE Strom in weiteren mindestens 8 Regionen günstiger an gegenüber dem im hiesigen Gebiet preisgünstigsten Tarif online. Die Heimat-Region werde von EWE also mit dem teuersten Strom beliefert.

Über Erklärungen von Dr. Brinker und Medienmeldungen der EWE sei ihre Aussage bekannt, als Grundversorger habe man besonders viele Kosten und Pflichten. In den außerhalb liegenden Regionen, in denen EWE Strom anbiete, könne man feststellen, dass die dortigen Grundversorger preislich gut platziert seien. In Hamburg und Berlin beispielsweise, wo EWE Strom anbiete, sei Vattenfall der Grundversorger. In Hamburg befinde sich Vattenfall auf Platz 1 mit dem billigsten Tarif. In Berlin liege ebenfalls Vattenfall als Grundversorger immerhin auf Platz 3 mit dem preiswertesten Tarif.

In Damme, wo EWE ebenfalls anbiete, sei RWE Grundversorger und liege mit seiner Billigmarke auf Platz 4 der Tarife. - Die EnBW in Stuttgart befinde sich als dortiger Grundversorger vergleichsweise auf Platz 10.

Drei der großen (Grund-) Versorger seien in ihren Regionen also unter den ersten 10 billigsten Tarifen platziert – deutlich besser als EWE mit Rang 45. Nur E.On liege möglicherweise ähnlich ungünstig wie EWE; hierzu seien keine preiswerten Tarife auszumachen gewesen.

EWE befinde sich zu 74 % in kommunaler Hand und müsse sich diese gut platzierten Anbieter als Orientierung nehmen. Grundversorgung bedeute keineswegs, den teuersten Tarif anzubieten.

Wesentlicher Zweck der kommunalen Beteiligung an der EWE sei gerade die Gewährleistung einer preisgünstigen Energieversorgung. Hiervon könne nicht die Rede sein, wenn sich der preisgünstigste Tarif im letzten Viertel von 60 Versorgern befinde.

Die vorgeschlagene Resolution ziele im Wesentlichen auf die unter Nr. 1 und 4 aufgeführten Ziele. Die BfB-Fraktion bitte dazu um Zustimmung.

Kreistagsabgeordneter Pauluschke

erklärte, wenn die im BfB-Antrag enthaltene Darstellung den Tatsachen entspreche und es keine klaren, nachvollziehbaren Gründe für die Vorgehensweise der EWE gebe, dann sei das Ergebnis aus Sicht der Kommunalpolitik unerfreulich und auch für die Bürgerinnen und Bürger in Friesland empörend.

Bei näherer Betrachtung gelange man aber zu der Erkenntnis, dass Preisgestaltung, Preiserhöhung und -senkung Teile des operativen Geschäftes der EWE seien. Es stehe dem Kreistag zu, über die zu zahlenden Preise in der Region zu diskutieren, nicht aber eine Einmischung oder ein Eingreifen in das operative Geschäft der EWE.

Wenn man diese Tatsache akzeptiere, müsse die Diskussion an die Gremien weiter gegeben werde, in denen man diese Thematik mit Aussicht auf eine Verbesserung der Umstände verfolgen könne. Eine solche Diskussion sei daher am besten in der Verbandsversammlung und im Aufsichtsrat zu führen.

Für die SPD/FDP-Gruppe beantragte Herr Pauluschke, die Vertreter des Landkreises in den Gremien der EWE darum zu bitten, dieses Thema in die entsprechenden Gremien hinein zu tragen. Dort sollte darauf hin gewirkt werden, dass sachgerechte und für die Bürgerinnen und Bürger Frieslands angemessene Bedingungen in den Tarifverträgen hergestellt würden. Anschließend sollte über das Ergebnis dieser Gespräche berichtet werden. Ggf. sollte auch Herr Dr. Brinker in den Kreisausschuss eingeladen werden; auch die übrigen dem Kreistag angehörenden Mitglieder könnten an dieser Sitzung informativ teilnehmen.

Man erwarte von einer solchen Veranstaltung Antworten auf die von Herrn Just aufgeworfenen Fragen und eine Klärung, ob es eine tarifliche Ungleichbehandlung gebe und ggf. warum.

Kreistagsabgeordneter Burgenger

erklärte, für ihn sei nicht nachvollziehbar, wenn tatsächlich Kunden aus Weser-Ems höhere Stromkosten als anderswo zahlten. In dem Punkt könne er die von Herrn Just empfohlene Resolution unterstützen. Gleichwohl könne man der EWE nicht vorschreiben, wo sie ihre Strompreise anzusiedeln habe.

Einerseits wolle Herr Just die Überschüsse der EWE für Zwecke der Kommunen verwendet wissen; mit seinem neuen Vorstoß würde er diese Gelder aber unter Umständen wieder zunichte machen. Beides könne nicht gewollt sein; der EWE müsse dann die Preisgestaltung überlassen bleiben. Als Bürger sei aber nicht hinnehmbar, im Stammgebiet der EWE möglicherweise höhere Strompreise zahlen zu müssen als EWE-Kunden andernorts.

Kreistagsabgeordneter Chmielewski

befand eine Resolution für entbehrlich, wenn eine Diskussion in den EWE-Gremien stattfinde. Er danke Herrn Just für die Informationen, sei aber verwundert, dass der EWE-Aufsichtsrat nicht in der Lage sei, eine entsprechende Mitteilung über den Landrat kund zu tun. Vor Ort müsse den „Aktionären“ bekannt sein, wie sich die Kalkulation der EWE hinsichtlich der Strompreise darstelle. Dem Bürger gegenüber könne man sonst nicht Rede und Antwort stehen.

Kreistagsvorsitzender Funke

verwies auf die Regelungen zur Preisgabe bzw. Vertraulichkeit von Informationen aus EWE-Gremien. Die Vertreter des Landkreises Friesland in Verbandsversammlung, Verbandsausschuss und Aufsichtsrat hätten in früheren Sitzungen bereits Auskünfte erteilt, so weit dies eben vertretbar gewesen sei. Stets seien die Interessen des operativen Geschäftes zu beachten.

Selbstverständlich könne man mit anderen Landkreisen die Diskussion führen oder in vertraulicher Sitzung über die Schwierigkeiten berichten, mit anderen Landkreisen eben diese Thematik zu erörtern. Es gebe durchaus Landkreise, in denen eine andere Meinung vertreten werde als in Friesland – auch hinsichtlich Gewinn, Dividende, Konzessionsabgabe usw.

Herr Funke schlug vor, sich auf den Vorschlag von Herrn Pauluschke zu verständigen, um damit auch dem Begehren des BfB-Antrages Rechnung zu tragen.

Kreistagsabgeordneter Kammer

erklärte, die CDU-Fraktion halte die von Herrn Just aufgeworfenen Fragen für unschädlich. Sie sollten im Interesse der Bürgerinnen und Bürger aufgeklärt werden. Eine entsprechender Antrag habe auch die Gremien der Stadt Schortens passiert.

Kreistagsabgeordneter Just

empfahl als Kompromiss, nur Punkt 1 als Resolution zu verabschieden; die übrigen Fragen sollten den EWE-Gremien vorgetragen bzw. Herr Dr. Brinker zwecks Information in die Kreisgremien gebeten werden.

Kreistagsabgeordneter Pauluschke

sprach sich gegen die Verabschiedung einer Resolution aus. Gespräche in den Gremien mit den Verantwortlichen seien erheblich Erfolg versprechender. Herr Just verfolge mit seinem Antrag ein Ziel, dem man sich durchaus anschließen könne. Zur Erreichung seien aber Gespräche das geeignetere Mittel.

Auf Nachfrage des Kreistagsvorsitzenden Funke erklärte Herr Just, er habe mit seinem soeben unterbreiteten Vorschlag einen guten Kompromiss unterbreitet. Ein Großteil des Kreistages scheine sich diesem anschließen zu können. Er beantragte, TOP 1 als öffentliche Resolution des Kreistages zu verabschieden; die übrigen Punkte sollten in die EWE-Gremien eingebracht werden.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, ließ Herr Funke abstimmen.

Zwischen den Abstimmungen zu a) und b) erklärte Kreistagsabgeordneter Chmielewski, es sei Aufgabe des Aufsichtsrates, von vornherein über solche Dinge zu informieren. Es gehe nicht an, mit Hinweis auf das Aktiengesetz entsprechende Informationen abzulehnen. Herr Chmielewski bat um Auskunft zum Informationsrecht aus den EWE-Gremien. Er frage sich, warum der Aufsichtsrat den Kreistag nicht über Dinge informieren dürfe, über die Herr Dr. Brinker in der Zeitung berichte (Verweis Dr. Brinker auf Kostenungleichbehandlung aufgrund Kosten der Grundversorgung).

Kreistagsvorsitzender Funke verwies darauf, Herr Dr. Brinker sei Vorstandsvorsitzender der EWE; diesem Gremium obliege die Preisgestaltung. Somit könnten die Mitglieder anderer Gremien nicht über das operative Geschäft des Vorstandes berichten.

Den Kreisgremien habe man die Informations-Rechte und -Pflichten der Mitglieder der EWE-Gremien bereits ausführlich geschildert. Herr Dr. Brinker sei deswegen auch bereits vor Ort gewesen. Nur so seien verlässliche Auskünfte über das operative Geschäft der EWE zu erhalten.

Sodann erfolgte die Abstimmung zu b).

### **Beschlüsse:**

a)

Antrag der BfB-Fraktion auf Verabschiedung einer Resolution mit folgendem Wortlaut:

***„Die EWE wird aufgefordert, die jahrzehntelange Stammkundschaft in der Weser-Ems-Region tariflich nicht schlechter zu stellen als Kunden außerhalb der Region.“***

b)

Antrag des Kreistagsabgeordneten Pauluschke auf Einbringung der Punkte des BfB-Antrages vom 28.11.2009 in die EWE-Gremien durch die entsandten Vertreter des Landkreises

### **Abstimmungsergebnisse:**

zu a)

25 Ja-Stimmen = mehrheitlich beschlossen

zu b)  
einstimmige Zustimmung

Anm.:

Auf den beigefügten bzw. im Kreistagsinformationssystem abrufbaren Vermerk des Fachbereichs 01 vom 16.12.2009 wird verwiesen.

**TOP 5.3.9 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die  
Weiterführung des Hauptsachgebiets Bauordnung (Budget 142)  
Vorlage: 607/2009**

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.9 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 9. Dezember 2009 wird verwiesen. Der Kreistag beschloss wie folgt:

**Beschluss:**

Der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 140.000,-- Euro für die Weiterführung des Hauptsachgebietes Bauordnung (Budget 142) wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 5.3.10 Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben für 2009  
bezüglich des Budgets des Fachbereiches Jugend und Familie  
gemäß § 89 NGO  
Vorlage: 611/2009**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.10 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 9. Dezember 2009 zur Kenntnis und beschloss wie folgt:

**Beschluss:**

Die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 1.000.000,00 € für 2009 für die laufenden Verpflichtungen des Fachbereiches Jugend und Familie werden genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 5.3.11 Berufung der ehrenamtlichen Richter in der Sozialgerichtsbarkeit  
Vorlage: 609/2009**

In Übereinstimmung mit der Empfehlung des Kreisausschusses vom 9. Dezember 2009 (TOP 3.1.11 der Niederschrift) beschloss auch der Kreistag:

**Beschluss:**

Frau Roswita Niemeyer, Hooksweg 28, 26441 Jever, wird erneut vom Landkreis Friesland zwecks Berufung als ehrenamtliche Richterin in der Niedersächsischen Sozialgerichtsbarkeit vorgeschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 5.3.12 Mitwirkung des Landkreises Friesland im Netzwerkverein  
"Machining Innovations Network e. V." für das Ausbildungs- und  
Technologiezentrum Varel  
Vorlage: 615/2009**

Auf TOP 3.1.12 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 9. Dezember 2009 wird verwiesen. Der Kreistag folgte dem Votum wie folgt:

**Beschluss:**

Landrat Sven Ambrosy wird als Vertreter des Landkreises Friesland in den Vorstand des Vereins "Machining Innovations Network e.V." entsandt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**TOP 6 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Über wichtige Beschlüsse war nicht zu berichten.

**TOP 7 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse**

**TOP 7.1 Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 29. Oktober 2009**

**TOP 7.2 Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom  
1. Dezember 2009**

**TOP 7.3 Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus,  
Kreientwicklung und Finanzen sowie zu TOP 3.1.1 auch des  
Ausschusses für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom  
2. Dezember 2009**

Es wurden keine Anfragen gestellt.

**TOP 8 Mitteilungen des Landrates**

Keine.



**TOP 9 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten**

**TOP 9.1 informativ: Antrag Frau KTA Kindo vom 02.11.2009 betr. Resolution zum Thema "Bildungschancen verbessern - Stellen für Schulpädagogen schaffen"/** erl.; sh. TOP 5.3.1

**TOP 9.2 informativ: Antrag der BfB-Fraktion vom 28.11.2009 wg. Strompreiserhöhung EWE - /** erl.; sh. TOP 5.3.8

**TOP 10 Anfragen nach § 11 GO**

**TOP 10.1 Anfrage der BfB-Fraktion vom 04.12.2009 zu den Kosten der zweitägigen Haushaltsklausur mehrerer Kreistagsfraktionen auf Wangerooe**

Auf die beigefügte bzw. im Kreistagsinformationssystem abrufbare Anfrage der BfB-Fraktion wird verwiesen.

Landrat Ambrosy antwortete, 24 Kreistagsabgeordnete hätten an der Klausurtagung auf Wangerooe teilgenommen. Insgesamt seien rd. 4.240 Euro an Kosten entstanden. Wenn der Wunsch bestehe, auf Wangerooe zu tagen, so bestünden hinsichtlich der Kostenerstattung für Überfahrt oder Flüge für alle Fraktionen dieselben Bedingungen. So sei auch gewährleistet, dass Wangerooe als Sitzungsort nicht aus Kostengründen außen vor bleibe und nicht mehr frequentiert werde.

Zuschüsse würden nicht gezahlt; es werde spitz abgerechnet. Die Verwaltung sei bei der Reservierung bemüht, kostengünstige Lösungen zu finden. Im Winter seien allerdings auf Wangerooe nicht alle in Frage kommenden Einrichtungen geöffnet, zudem müssten gewisse Ansprüche an Raumkapazitäten usw. erfüllt sein.

Zum Stundenaufwand sowie Flug- und Hotelkosten für die hinzu gezogenen Verwaltungskräfte:

Herr Höfer und er selbst, so der Landrat, hätten an der Klausurtagung teilgenommen und den Fraktionen den Haushalt 2010 vorgestellt. Die dafür aufgewendeten Dienststunden seien in der normalen Dienstzeit enthalten und bedeuteten keine kostenmäßige Belastung für den Landkreis. Die Reise- und Verpflegungskosten für die Verwaltung beliefen sich auf rd. 310 Euro.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

## **TOP 11 Anregungen und Beschwerden**

Kreistagsabgeordneter Ramke führte aus, der Landkreis Friesland habe in der Vergangenheit die Firma Sykes im TCN stets unterstützt. Der Callcenter-Direktor habe den Betriebsrat abgesetzt; eine Maßnahme, zu der er rechtlich nicht befugt sei. Allen über 100 Beschäftigten werde mit arbeitsrechtlichen und disziplinarischen Konsequenzen gedroht. Ein solches Vorgehen dürfe es in der heutigen Zeit nicht mehr geben.

Herr Ramke regte an, dass aus dem Kreistag Friesland und dem Stadtrat Schortens sehr kurzfristig Kontakt zu Sykes aufgenommen und gemeinsam mit dem Landrat vor Ort mit der Geschäftsleitung ein klärendes Gespräch geführt werden sollte. Es würden mittlerweile Lohnkürzungen angedroht, der Betriebsrat erhalte keine Mittel und keine Räumlichkeiten mehr zur Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Kreistag und Verwaltung nahmen den Appell auf.

### Anm.:

*Sh. unter TOP 4.2 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 13. Januar 2010: Es hat zwischenzeitlich ein Gespräch mit der Unternehmensleitung Sykes stattgefunden. Die Streitigkeiten mit dem Betriebsrat sind beigelegt; er kann seine Aufgaben wieder uneingeschränkt wahrnehmen und dankt für die Unterstützung des Landkreises Friesland.*

## **TOP 12 Einwohnerfragestunde**

Es meldete sich Herr Joachim Müller, Zetel, zu Wort. Er stellte Fragen zu folgenden Themen:

a)

*Ist dem Landrat bekannt, dass es in der Kreisverwaltung einen Serverdown gab und keine Möglichkeit bestand, dem Landkreis E-Mails zu senden? Bürger haben ihre Mails an die Kreisverwaltung als geblockt zurück erhalten.*

Antwort des Landrates:

Der Landkreis hat mehrere Firewalls geschaltet und verfügt über eine hohe Sicherheitsstufe im E-Mail-Verkehr. Dabei ist es durchaus möglich, dass das System Mails nicht durchlässt und evtl. als sog. „Spam“ klassifiziert. Sollten Bürger eine entsprechende Nachricht über geblockte Mails erhalten, so wird alternativ um Kontaktaufnahme zum Landkreis per Telefon oder Telefax gebeten.

Landrat Ambrosy bat Herrn Müller, die betroffenen Bürger zu benennen oder sie entsprechend Kontakt aufnehmen zu lassen; man werde die Hinweise dann hausintern klären.

b)

*Im Verlaufe der Erstellung der Nassvergärungsanlage in Wiefels ging die beauftragte Firma in Konkurs. Müssen die Bürgerinnen und Bürger über die Gebühren dafür einstehen, dass diese Firma für die Insolvenz nicht über eine Bank abgesichert war? Welche Sicherheitsmaßnahmen trifft der Landkreis Friesland für die neue Anlage, damit dasselbe nicht noch einmal passieren kann und weitere Preiserhöhungen drohen?*

Antwort:

Bereits beim Konkurs der Firma Horstmann hat der Landkreis über den Zweckverband Abfalldeponie eine Sicherheitsbürgschaft realisiert. Schaden ist allein aus der Tatsache entstanden, dass die Nassvergärungsanlage nicht fertig gestellt wurde.

Bei Vergabe weiterer Aufträge wird der Zweckverband angesichts der Kostengrößenordnung ebenfalls Sicherheitsleistungen, Bürgschaften und dergl. vereinbaren; die Höhe ist prozentual vorgegeben.

Gegen Insolvenzen gibt es keinen generellen Schutz; dieses Risiko kann nie ganz ausgeschlossen werden. Bei der Auswahl und Bewertung des günstigsten Anbieters ist man sich der Problematik bewusst.

c)

*Der Landrat ist Mitglied im Aufsichtsrat der LzO und zuständig für Angelegenheiten der Landessparkassen?*

Antwort:

Nein. Landrat Ambrosy ist Mitglied und Vorsitzender der Zweckverbandversammlung; dem Verwaltungsrat gehört er nicht an.

d)

*Welche Aufsichtsratsmandate nimmt der Landrat wahr? Welche Tantiemen bezieht er jeweils daraus?*

Antwort:

Landrat Ambrosy sagte Herrn Müller die Zuleitung der erbetenen Auskünfte zu; sie wurden ihm zwischenzeitlich übermittelt.

e)

*Leider hat die FDP sich hinsichtlich der Abfalldeponie Wiefels nicht so verhalten wie es in der Zeitung dargestellt wurde. Land und Bund lassen Sie im Regen stehen. Wie gehen Sie damit um, wenn wir Bürger uns ebenfalls abwenden?*

Antwort:

Hierzu wird auf die Ausführungen zum Thema „Abfallgebührensatzung“ verwiesen.

f)

Inwieweit belasten die Eingebürgerten unsere sozialen Systeme und welchen Beitrag leisten sie, um für sich zu sorgen?

Antwort:

Gemäß den entsprechenden Vorschriften wird nur eingebürgert, wer eine bestimmte Aufenthaltsdauer in der BRD, Ausbildung und Arbeit belegen kann. Der Landrat stellte heraus, dass er die Intention der Frage ablehne.

g)

*Hat der Landrat die Möglichkeit, in die Vorgänge um die LzO einzugreifen?*

Kreistagsvorsitzender Funke verwies an dieser Stelle auf die Geschäftsordnung des Kreistages. Unter Benennung der konkret gemeinten Vorgänge möge Herr Müller sich ggf. schriftlich per Fax oder Post an den Landrat wenden, falls es Probleme bei den E-Mails gegeben habe.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt.

Kreistagsvorsitzender Funke schloss die öffentliche Kreistagssitzung um 17.50 Uhr; die nichtöffentliche Sitzung wurde ohne Pause angeschlossen.

gez. **Karl-Heinz Funke**  
Kreistagsvorsitzender

gez. **Sven Ambrosy**  
Landrat

gez. **Gerda Gerdes**  
Protokollführerin